

Mit Vernunft und Ruhe darüber reden: Die Kärntner Ortstafeln

Rede des Bundeskanzlers Dr. Kreisky bei der Konferenz
am 28. Oktober 1972 in der Arbeiterkammer Klagenfurt

Liebe Parteiliebe!

Das wird heute kein Aufruf, kein Appell sein, bei dem die anderen das annehmen sollen, was ich sage, sondern ich werde den redlichen Versuch unternehmen, Ihnen eine Situation darzulegen, wie sie sich für mich darstellt, wie sie sich aber auch für Sie, wie ich glaube, darstellen muß. Ich bin nicht hierhergekommen, um irgend jemandem Vorwürfe zu machen. Ich bin nicht hierher gekommen, um zu verurteilen oder zu verdammen.

Ein langes politisches Leben mit vielem Auf und Ab, in dem es alles gegeben hat, was es in Österreich an Ereignissen gab: Gefängnisse, Verfolgungen, große Erfolge und auch wieder Rückschläge, das alles hat mich gelehrt, daß viele Menschen oft aus den besten Absichten und aus einer durchaus redlichen Gesinnung heraus eine bestimmte politische Haltung einnehmen, die sich dann bei genauerer Betrachtung anders darstellt.

Demokratie heißt Irrtümer korrigieren.

Als der sogenannte „Fall Öllinger“ passierte, sagte ich einmal: Das Großartige in der Demokratie ist, daß die Menschen das unveräußerliche Recht haben, sich in politischen Fragen zu irren und sich selber dann zu korrigieren. Ich habe damals heftige Angriffe erfahren deshalb, weil ich einen sehr guten Landwirtschaftsfachmann aus Kärnten, den Agraringenieur Öllinger, in die Regierung genommen habe, und da haben dann nachher Zeitungen, vor allem der ÖVP nahestehende, seine Vergangenheit ausgekratzt und festgestellt, daß er als junger Mann bei irgendeiner der Einheiten der SS gestanden ist. Es gab dann eine lange Auseinandersetzung, und ich habe mich auch in einer Fernsehdiskussion meinen Kritikern gestellt. Und damals habe ich den Grundsatz vertreten als einer, der im Gefängnis und mit allen anderen dort zusammengekommen war, mit Nazis, mit Kommunisten aus jener Zeit, mit all den politisch Verfolgten, damals habe ich gelernt zu verstehen, warum einer das oder jenes geworden ist. Für mich sei ausschließlich ausschlaggebend, was einer heute ist und nicht, was einer damals vor 30 Jahren aus irgendwelchen Gründen, aus irgendwelchen irrtümlichen Auffassungen geworden ist, sofern er nicht Verbrechen begangen hat. Ich habe damals bei einem großen Teil der österreichischen Bevölkerung Verständnis gefunden, bei meinen Kritikern nur zum Teil. Ich sage das deshalb, weil ich begründen will, warum ich immer wieder, wenn jemand etwas sagt, was nicht meine Meinung ist, mich selber zu prüfen versuche, ob ich recht habe, ob es etwas geben könnte, was mich zu einer Änderung meines Standpunktes veranlaßt. Wenn vernünftige Argumente vorgebracht wer-

den, werde ich der letzte sein, der sagt, das interessiert mich nicht, hier errichten wir einen Geßlerhut, alle müssen vorbei, alle müssen ihn grüßen, und wir müssen recht haben. Nein, dort, wo man nicht recht hat, soll man es nicht erst nach langem Hin und Her zugeben, sondern lieber gleich sagen, da haben wir uns geirrt. Aber dasselbe verlange ich auch vom anderen. Auch der muß nach gründlicher Prüfung der Dinge sagen, ja, jetzt schaut das alles eigentlich anders aus.

Ohne Zorn, ohne Enttäuschung.

Und so möchte ich nun auf das Thema eingehen ohne, ich sagte schon, ohne Zorn und Enttäuschung. Ich bin hierhergekommen mit einem kleinen Flugzeug, und ich bin von Wien bei strahlendem Sonnenschein weggeflogen. Über den steirischen Bergen sind wir ein bißchen ins Unwetter geraten, und dann kam ich nach Kärnten, und da hat tatsächlich wieder die Sonne geschienen, und ich sah diese wunderschöne Landschaft, mit der ich mich seit meiner Kindheit hundertfältig verbunden fühle. Ich sah die friedlichen Täler und die kleinen Gemeinden, und da ist mir die Aufgabe, die ich vor allem habe, wieder so recht bewußt geworden: alles zu tun, daß den Menschen unseres Landes, unseres Staates das in Zukunft erspart bleibt, was sie in der Vergangenheit zu leiden gehabt haben. Es muß die Vernunft siegen, es muß Verstandeslösungen geben, und es muß vor allem das friedliche Zusammenleben geben. Darum geht's!

Und so zum Problem. Hier muß ich leider weit zurückgehen, weil dieses Problem nur in seinen Zusammenhängen erkannt werden kann. Im Jahre 1918, nach einem verlorenen Krieg, ist die österreichisch-ungarische Monarchie zusammengebrochen, und jeder der neuen Nachfolgerstaaten hat sich, wenn ich das so populär ausdrücken darf, ein Stück vom alten Reich geholt. So wollte das neu entstandene Königreich Jugoslawien einen Teil Kärntens haben. Es war das eine furchtbar ernste Situation deshalb, weil ja die neugegründete Republik schutz- und wehrlos war. Wir hatten ja nur Feinde in der Welt, und es war ein großer Erfolg, daß es damals gelungen ist, für unsere Sache Verständnis zu finden. Und es war eine große Tat, daß sich aufrechte Kärntner gefunden haben, die ihr Land ungeteilt erhalten wollten. Und so groß unsere Bewunderung ist für das, was damals von den Kärntnern getan wurde, so sehr wir wissen, wie entscheidend die Abwehrkämpfe waren, so soll aber doch nicht unterschätzt werden, was damals die Regierung der neuen Republik getan hat. Sie hat erst einmal das siegreiche Amerika für eine gerechte Grenze zu gewinnen versucht, und es ist dann außerdem gelungen, und das ist das Erstaunliche für viele

Junge, das damals siegreiche Italien zu gewinnen, daß sich nicht das Königreich Jugoslawien einen allzu großen Teil Kärntens hole. Unter den Männern, die von alliierter Seite maßgeblichen Anteil daran hatten, daß die Volksabstimmung korrekt durchgeführt werden konnte, war ein italienischer General namens Segrè. Das ist der Politik der Wiener Regierung zu verdanken gewesen, und es gibt heute Stimmen, die meinen, der Umstand, daß man sich damals so sehr für das ungeteilte Kärnten eingesetzt hat und daß man damals den Nachbarstaat, den einzigen Siegerstaat sozusagen in der Nachbarschaft, Italien, dafür gewinnen konnte, wäre angeblich einer der Gründe gewesen, warum man für Südtirol nicht soviel mehr erreichen konnte. Aber sicher war, daß die damals schwache, todwunde Republik sich ihre Verbündeten suchen mußte, um wenigstens das zu retten, was noch zu retten war.

Auch Slowenen stimmten 1920 für Österreich.

Es gelang durch eine Abstimmung, die Situation in Ordnung zu bringen. Erst unlängst habe ich in einem Buch aus jener Zeit, das sich mit der sogenannten „österreichischen Revolution“ beschäftigte, über diese Zeit nachgelesen, und wieder habe ich das bestätigt gefunden, was Sie wohl selber wissen, daß nämlich ein großer Teil des Erfolges in der Abstimmungszone A darauf zurückzuführen war, daß es viele Slowenen gegeben hat, die für Österreich votiert haben, und das sollte man in solchen Situationen wie heute auch nicht vergessen. Durch den Anschluß wurde Österreich in den Krieg gezogen; Sie wissen alle, was das bedeutet hat, und wieder – das bitte ich Sie, den Jungen zu sagen – und wieder sind als Folge eines verlorenen Krieges jugoslawische Soldaten und Partisanen in Kärnten gewesen! Immer war es die Folge von verlorenen Kriegen gewesen, die es in meinem Leben schon zweimal gegeben hat. Daraus muß man doch einmal klüger werden. Wir haben die Situation, nicht zuletzt mit Hilfe der britischen Besatzungsmacht, retten können.

Sozialisten haben Alarm geschlagen.

Aber ehe ich darüber rede, muß ich Ihnen von einem persönlichen Erlebnis berichten, für das es manche Zeugen gibt. Es war nach der Moskauer Konferenz, als die vier Mächte die Wiederherstellung Österreichs beschlossen. Ich war damals politischer Emigrant in Schweden, nachdem ich vorher bei der Gestapo in Haft gewesen war; da rief man mich auf die britische Botschaft in Stockholm und zeigte mir eine Landkarte von Mitteleuropa, und man wollte mir die vier Zonen Österreichs erklären, die es einmal geben werde. Ich habe das ganze für einen barocken Unsinn gehalten, ein so

kleines Land in vier Zonen zu teilen und auch noch die Hauptstadt Wien. Beim näheren Hinschauen ist mir aufgefallen, daß dieses Österreich, das nach dem Krieg wieder hergestellt werden sollte, auf der Landkarte eine ganz andere Form hatte als die, die ich aus meinem Schulatlas noch in Erinnerung hatte. Ich habe mir das näher angeschaut und festgestellt, daß die Grenzen Österreichs im Süden fast durch die Mitte Kärntens verliefen. Jedenfalls war mehr als ein Drittel von Kärnten abgetrennt. Darauf habe ich den britischen Botschaftsrat gefragt, was denn das bedeute, und er hat gemeint, nun ja, das sind die Grenzen, die für Österreich vorgesehen seien. Man müsse doch verstehen, die Jugoslawen wären die Verbündeten des Westens und des Ostens, sie stellten nun diese Ansprüche, weil Österreich auf der Seite Deutschlands stehe, und wir würden uns wohl damit abfinden müssen. Und es werde gut sein, wenn uns nicht noch mehr passiere.

Ich habe Alarm geschlagen, ich habe überall die Freunde in Amerika, in England mobilisiert und habe ihnen gesagt, daß das unmöglich ist, das kann man nicht akzeptieren. Wir müßten versuchen, den Freunden in den demokratischen Staaten begreiflich zu machen, daß sich hier ein furchtbares Unrecht vorbereitet.

Und wie immer manche über politische Emigranten denken mögen, eines muß ich Ihnen sagen: Es war das Verdienst der politischen Emigranten, und da vorwiegend der sozialdemokratischen, daß sie bei ihren Freunden in den sozialdemokratischen Parteien Verständnis gefunden haben, daß es uns möglich war zu erreichen, daß Österreich in den alten Grenzen von 1938 wieder hergestellt werden solle.

Labour-Regierung: Hilfe für Kärnten.

Und wenn wir hiefür Hilfe gefunden haben, so bei einer Partei, der britischen Labour Party, die damals mit den Konservativen in der Regierung war, bei Ernest Bevin, einem der mächtigsten Minister jener Zeit. Daß es möglich war, daß britische Truppen uns geholfen haben, die fremden Soldaten wegzubekommen, so war das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es in England eine sozialdemokratische Regierung gegeben hat, die uns hier volles Verständnis entgegengebracht hat. Von den Freunden der ÖVP und der FPÖ im Ausland hätten wir Derartiges nicht erwarten können, die hat es nämlich kaum gegeben.

So hat sich für uns österreichische Sozialisten die Solidarität unter den sozialistischen Parteien an einer zutiefst österreichischen Frage, an einer Frage unserer österreichischen Existenz, als im

höchsten Maße nützlich erwiesen. Wir konnten so die Teilung Kärntens verhindern.

Wir brauchen von niemandem Lektionen im österreichischen Patriotismus!

Und allen, die da herumreden, daß Wien Kärnten verraten hätte, denen möchte ich sagen, daß das alles ein Verdienst des damaligen Staatskanzlers Dr. Karl Renner in Wien und seines Mitarbeiters Dr. Adolf Schärf gewesen ist. Uns soll man also keine Lektionen in echtem österreichischem Patriotismus geben — die sollen die Herrschaften, die sie uns geben wollen, erst selber lernen!

Staatsvertrag garantiert Kärntens Südgrenze.

Liebe Freunde, nun möchte ich auf den Staatsvertrag zu sprechen kommen. Denn bei aller Pflicht zur Bescheidenheit möchte ich doch daran erinnern, daß ich einer der vier gewesen bin, die im Jahre 1955 in Moskau waren und den Staatsvertrag vorbereitet haben. Und eine wesentliche Voraussetzung dieses Staatsvertrages war doch die Wiederherstellung Österreichs in den alten Grenzen. Das steht im Staatsvertrag drin, und wenn da irgendwer daherkommt und sagt, das mit den Ortstafeln wäre nur der Anfang von Grenzveränderungen, so möchte ich dem sagen: *Wir haben einen Vertrag mit den vier Großmächten geschlossen, der uns die Grenzen Österreichs sichert.*

Übrigens glaube ich, die Väter dieses Wortes oder dieser Behauptung zu kennen. Ich bin ein niederösterreichischer Abgeordneter, und vor jeder Wahl hatte ich mich mit dem Argument der ÖVP herumzuschlagen, das sie unter die Leute gebracht hat, daß, wenn die Sozialisten siegen, dann wird die böhmische Grenze aufgemacht, dann wird Österreich ein Opfer des Bolschewismus.

Österreichs Stellung ist stärker geworden.

Wir regieren zweieinhalb Jahre. Ich glaube, jeder von Ihnen weiß, daß wir in diesen zweieinhalb Jahren eine sehr viel stärkere Stellung in der Welt haben als je zuvor. Und so möchte ich Ihnen noch etwas sagen: Der Staatsvertrag ist ein Vertrag, den wir mit vier Großmächten geschlossen haben. Und wenn wir haben wollen, daß er von allen anerkannt wird, müssen wir ihn auch anerkennen. Wollen wir, daß ihn alle respektieren, müssen wir ihn selbst auch respektieren. Und nun heißt es im Staatsvertrag, Artikel 7: „Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen

dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen . . .“

In solchen Bezirken, wo es Kroaten und Slowenen gibt, es gibt hier ausdrücklich *keine* Angabe über die Größe der Minderheit, gilt:

„In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung, wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur, das heißt also die Ortstafeln, sowohl in slowenischer als auch in kroatischer Sprache, wie in Deutsch verfaßt.“

Staatsvertrag ist kein Geheimdokument!

Und nun möchte ich Ihnen, liebe Freunde, mit aller Offenheit sagen, daß man woanders auch den Staatsvertrag kennt und gelesen hat. Es heißt im Staatsvertrag, wenn eine Bestimmung des Staatsvertrages nicht eingehalten wird — es gibt ja Leute, die der Meinung sind, ach Gott, den Staatsvertrag, den haben wir im Jahre 1955 halt a bissel unterschrieben —, können erst einmal auf Grund des Artikels 35 diplomatische Verhandlungen gefordert werden und dann, wenn diese diplomatischen Verhandlungen nichts bringen, wird die Frage den vier Missionschefs überwiesen: dem französischen, dem sowjetischen, dem britischen und dem amerikanischen Botschafter in Wien. Und diese vier Missionschefs müssen sich nun mit dieser Sache beschäftigen.

Ja will denn das jemand? Will denn jemand das Wiederaufleben jener Stellung, die damals die vier Alliierten bei uns gehabt haben?

Aber das kann jeder Staat verlangen, der dem Staatsvertrag beigetreten ist, und dazu gehört zum Beispiel Jugoslawien. Glauben Sie wirklich, daß die vier Großmächte sagen werden, na laßt's die Österreicher machen, was sie wollen? Glaubt wirklich jemand, daß unser Nachbarstaat eine so schlechte Stellung in der Welt draußen hat? Würde ihm dann die englische Königin einen Besuch abstatten? Täuschen Sie sich doch nicht. Was man uns sagen würde ist eines: Liebe Freunde in Wien, ihr müßt so rasch wie möglich die Bestimmungen des Staatsvertrages erfüllen. Wir bitten euch darum, weil wir das alles nicht brauchen können.

Und das wollen wir doch nicht provozieren. Und wenn wir uns mit den vieren nicht einigen können, dann muß es ein Dreier-Schieds-

gericht geben. Und dann entscheidet dieses Schiedsgericht mit einfacher Mehrheit, zwei zu eins.

Wollen wir das alles wirklich?

Es kann also nicht gleichgültig sein, wie wir eine Bestimmung des Staatsvertrages erfüllen. Wir haben sie zu erfüllen, und es gibt Sanktionen, und daher sage ich Ihnen noch einmal: Abgesehen davon, daß ich zutiefst überzeugt bin, daß Verträge gehalten werden müssen, gibt es sehr ernste Gründe, die auch dafür sprechen, daß es vernünftig ist, sehr vernünftig ist, sie zu halten.

Und so möchte ich Ihnen zu der Grenzfrage noch etwas sagen: Unverzüglich nachdem ich Außenminister geworden war, habe ich mich bemüht, mit Jugoslawien die leidige Grenzfrage in Ordnung zu bringen.

Grenzvertrag mit Jugoslawien

Warum? Weil ich in meinem eigenen Leben erfahren habe, daß zweimal jugoslawische Soldaten auf österreichischem Territorium waren. Nach 1918 und nach 1945, und weil wir das nicht wieder haben wollen, haben wir 1965 nach langen Verhandlungen miteinander einen Vertrag geschlossen, der folgenden Titel hat:

„Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die gemeinsame Staatsgrenze.“

In der Präambel heißt es:

„Die Republik Österreich und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, von dem Wunsche geleitet, die Grenze zwischen den beiden Staaten auch in Hinkunft sichtbar und gesichert zu erhalten und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu regeln, haben folgendes vereinbart: . . .“

Und so wurde ganz genau die Staatsgrenze festgelegt. Wieder ein Beweis dafür, wie sehr wir uns von der Sorge um die Grenzen immer haben leiten lassen.

Es ist uns gelungen, in den letzten Jahren, und das ist nicht zuletzt auch den Bemühungen des früheren Bundeskanzlers Klaus zu verdanken, daß sich die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Österreich schrittweise verbessert haben. So weitgehend verbessert, daß wir sogar zu einem Zeitpunkt, als wir der Unterstützung

aller bedurft haben, nämlich in der Frage Südtirols vor den Vereinten Nationen, daß wir diese Unterstützung auch seitens Jugoslawiens bekommen haben. Wir haben auch vor einigen Tagen, als sich 113 Staaten für Österreichs Sitz im Sicherheitsrat ausgesprochen haben, diese große Vertrauenskundgebung nur bekommen, weil auch die paktfreien Staaten Afrikas und Asiens, mit denen Jugoslawien sehr eng verbunden ist, für uns gestimmt haben. Ich mache aufmerksam, daß wir den Umstand, daß heute Österreich ein Ruhepol in Europa ist, nicht zuletzt der Politik verdanken, die dazu geführt hat, daß wir mit allen unseren Nachbarstaaten, ganz gleich, welches Regime in ihnen besteht, die besten Beziehungen haben.

Nicht, solange ich Kanzler bin!

Und das, liebe Freunde, sollen wir uns von ein paar pfeifenden Gassenbuben zerstören lassen? Nicht, solange ich Bundeskanzler in diesem Staat bin, weil ich viel zu sehr weiß, was die Österreicher und Österreicherinnen in diesen letzten 50 Jahren erlebt und erlitten haben!

Und weil wir das den Menschen dieses Landes ersparen wollen, werden wir hier *die* Politik machen, die allein die vernünftige ist.

Freunde, wir haben heute hohes Ansehen in der Welt, die Wahl in den Sicherheitsrat hat das gezeigt. Das ist das oberste Gremium der Vereinten Nationen. Die Wahl eines Österreichers zum Generalsekretär hat das aber erwiesen. Denn gewählt haben die Staaten doch nicht den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der ÖVP, sondern den von der österreichischen Regierung vorgeschlagenen Botschafter Dr. Waldheim.

Wir haben heute in Österreich und in Wien große internationale Organisationen. Ein kleiner Staat wie Österreich, bei der Lage in der Mitte Europas, an der Demarkationslinie zwischen der Demokratie und dem Kommunismus, ein kleiner Staat wie wir, kann gar keine andere Politik als die der Neutralität vertreten. Ein solcher Staat hat es für seine eigene Sicherheit dringend notwendig, daß sich auf seinem Territorium viele internationale Organisationen etablieren. Das bedeutet nämlich ein hohes Maß an Sicherheit. Manchmal ein höheres als ein oder zwei Divisionen mehr. Das können Sie mir glauben. Wenn aber Österreich aus einem Pol der Ruhe zu einem der Unruhe wird, dann kommt niemand, und deshalb ist die Verantwortung, die wir alle miteinander tragen, und jetzt vor allem Sie in Kärnten, so groß, die Verantwortung für unser gemeinsames Vaterland.

Wohlstand gedeiht nur in Ruhe.

Eine Folge dieser Ruhe ist auch unser wirtschaftlicher Wohlstand. Viele Leute, viele anständige Industrielle haben mich gefragt, ja, kann man sich denn in Österreich etablieren, so nahe der Grenze zum Kommunismus? Und ich habe immer gesagt: Ja, bei der Politik, die wir machen, können Sie das tun. Glauben Sie wirklich, daß die großen Konzerne, die jetzt der Reihe nach in unser Land kommen, große Lust haben, viele, viele Millionen irgendwo zu investieren, wo sie immer wieder das Gefühl haben, daß es eine latente Unruhe gibt?

Und deshalb werde ich gegen pfeifende Gassenbuben immer Stellung nehmen, im Interesse der arbeitenden Menschen dieses Landes!

Und noch eines. Kärnten hat im Fremdenverkehr Ungeheures vollbracht. Durch eine hervorragende, durch eine gescheiterte Politik ist aus einem der ärmsten Länder Österreichs ein Land geworden, das sich im stürmischen Aufstieg befindet. Wer über Kärnten fliegt, der sieht, was alles hier gebaut wird. Der sieht, wie viele Menschen sich Häuser bauen, weil es hier einen Sinn hat.

Der Fremdenverkehr geht auch nur dorthin, wo die Leute das Gefühl haben, daß es Ruhe gibt, und wo sie in Ruhe gelassen werden.

Ich rede mit jedem, der ernste Argumente hat.

Ich sage noch einmal, mit jedem, der mir ruhige und ernste Argumente vorträgt, auch wenn sie mir wider den Strich gehen, werde ich mich geduldig hinsetzen und reden. Aber für solche Demonstrationen, wie sie manche glauben, abhalten zu müssen, dafür habe ich gar kein Verständnis, denn das ist nicht die Art, wie man in der Demokratie miteinander lebt. Ist das überhaupt ein wünschenswerter Zustand, daß da 10.000 aufmarschieren und ein paar Dutzend Kilometer von hier 60.000?

Das soll sich so wiederholen, das soll so der Alltag werden? Nein, Freunde, dem muß man in guter Zeit Einhalt gebieten.

Eins muß ich noch sagen, liebe Genossinnen und Genossen. Sie lesen ja alle die Zeitungen. Sie haben gelesen von den Schwierigkeiten, die das Regime drüben hat mit den Kroaten. Sie haben gelesen von den Schwierigkeiten, die die Regierung in Belgrad mit den Serben hat. Wäre es da nicht einer Überlegung oder eines

ernsten Gedankens wert, ob es nicht manchem, sicher nicht dem heute Maßgebenden, denn der ist für eine ruhige, vernünftige Politik, ob es nicht manchem ganz gut in den Kram passen könnte, diese inneren Spannungen ein bisserl nach außen zu lenken? Vor allem, wenn es sich noch dazu um einen kleineren Nachbarn handelt. Soll uns das nicht ein bißchen zu denken geben? Wozu denn diese Demonstrationen?

Auch Klaus war gegen Minderheitenfeststellung.

Reden wir doch lieber ruhig und vernünftig über diese Fragen. Die Minderheitenfeststellung – ja, der Herr Bundeskanzler Klaus und die ÖVP hatten ja vier Jahre Zeit, so ein Gesetz zu machen, aber der Herr Bundeskanzler Klaus hat ja einige Male im Parlament erklärt, daß ihm das nicht als die einzig sinnvolle Lösung erscheint. Das dem Herrn Abgeordneten Suppan und seinen Freunden ins Stammbuch. Und die FPÖ. Da ist was sehr Komisches passiert. In einer Zeitung, der man doch nicht gerade vorwerfen kann, daß sie uns helfen will, nämlich der „Kleinen Zeitung“, lese ich, daß man bei den Betriebsratswahlen in der VÖEST eine freiheitliche Liste gehabt hat, die hat Slobodny-Sindikats geheißt, ja weil man nämlich ein paar jugoslawische Stimmen haben wollte, vielleicht sogar ein paar slowenische. Da hat man auf einmal die Zweisprachigkeit entdeckt.

Ich sage es also noch einmal: Ich werde mit jedem und mit jeder Gruppe, die es in Kärnten gibt, reden, aber nicht, wenn sie glauben, mich auspfeifen zu müssen. Das geht nicht, das hilft nichts, das bringt nichts, das akzeptiere ich nicht, auch wenn's die Leute draußen ärgert. Die werden schon gescheitert werden im Laufe der Zeit. Außerdem: wenn man älter wird, verlernt man eh' das Pfeifen.

Vier Vorschläge:

Ich mache einige ganz konkrete Vorschläge, von denen ich glaube, daß sie zur Herstellung einer vernünftigen Atmosphäre führen können.

Erstens: Ich lade heute die Bürgermeister der betroffenen 36 Gemeinden zu einem Informationsaustausch, zu einem gründlichen Gespräch für einen der nächsten Tage nach Wien ins Bundeskanzleramt ein.

Zweitens: Ich schlage vor, daß eine Gruppe vernünftiger, ernst zu nehmender Gegner der zweisprachigen Ortstafeln eine Studien-

reise unternimmt — das muß nicht auf Kosten der Steuerzahler sein, wir werden schon das irgendwie auftreiben —, eine Studienreise in jene Gebiete, wo es seit altersher zweisprachige Ortstafeln gibt, um zu schauen, wie das funktioniert und ob das „zum Untergang“ führt.

Drittens: Ich bin bereit, zu prüfen, und ich habe das bereits getan, daß diese zweisprachigen Ortstafeln in einer Form angefertigt werden, die jeden Zweifel ausschließt, daß es sich um österreichische Orte handelt. Sie sollten versehen sein mit der österreichischen Flagge und den Kärntner Farben. Es wird nämlich ungleich schwieriger sein, eine Ortstafel herunterzureißen, auf der es die österreichischen und die Kärntner Farben gibt. Ich bin auch der Meinung, daß man die Ortstafeln etwas anders gestalten kann, um zum Ausdruck zu bringen, daß es sich nicht um die Mehrheit der dort Wohnenden handelt.

Und ich bin schließlich bereit zu prüfen, was vernünftig zu sein scheint, daß, wenn die Volkszählungsergebnisse von 1971 vorliegen, sie ebensolche Relevanz besitzen wie die vom Jahre 1961. 1961 wurde seinerzeit nur gewählt, weil man schon so lange mit der Sache herumbrodelte.

Jedenfalls muß eine Lösung gefunden werden, die Bedacht nimmt auf die Gefühle der Kärntner, eine Lösung gefunden werden, die vernünftige Leute, die auf der anderen Seite stehen, akzeptieren können, eine Lösung, die der Verpflichtung entspricht, die Österreich eingegangen ist. Und es soll eine Lösung gefunden werden, die von einem Geist der Toleranz getragen ist und der europäischen Gesinnung entspricht, die wir doch schließlich alle an den Tag legen wollen.

Es geht um unser Ansehen in der Welt!

Es ist so, liebe Freunde, daß das Ansehen ganz Österreichs auf dem Spiel steht. Wer die ausländischen Blätter gelesen hat, auch die deutschen, weiß das sehr genau. Und die Verantwortung der Kärntner ist eine große. Besonders groß für die führende Kraft in Kärnten, für die Sozialistische Partei, für die stärkste Kraft. Und deshalb appelliere ich an Sie. Gehen Sie hinaus zu den Menschen und versuchen Sie, sie davon zu überzeugen, daß man sich um vernünftige Lösungen bemüht; wir werden darüber reden, aber wir können nicht, und das sage ich mit aller Deutlichkeit, wir können nicht von den Verpflichtungen des Staatsvertrages weg. Das geht nicht, das können wir nicht.

Der Staatsvertrag ist die Grundlage unserer politischen und nationalen österreichischen Existenz. Und ich will zum Schluß nur sehr vorsichtig ein warnendes Wort sagen: Lang können wir nicht zusehen, daß Gendarmeriebeamte niedergeschlagen werden. Wir haben viel Geduld, weil wir keine Märtyrer haben wollen, aber der Staat muß seine Reputation wahren. Sehr lang können wir das nicht akzeptieren, denn wo kämen wir denn hin. Wir müssen das mit aller Deutlichkeit sagen. Eines Tages, und dieser Tag kommt bald, dann muß Schluß sein damit.

Den Anfängen wehren!

Wir haben oft gewarnt, wir Sozialdemokraten, wir haben im Jahre 1934 gewarnt, als die Heimwehrfaschisten zusammen mit der Christlichsozialen Partei uns niedergeschlagen haben. Da haben wir ihnen gesagt, das wird auch euer Untergang sein, denn wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen. Vier Jahre später war's so weit. Und dann haben wir Sozialisten gewarnt und gesagt, mag schon sein, daß der Hitler Arbeit bringt, aber er bringt auch den Krieg! Und er hat ihn gebracht. Und wenn auch die Dinge *jetzt* nicht so dramatisch sind, man muß den Anfängen wehren!

Und so müssen sich die Sozialisten Kärntens abermals bewähren, bewähren als gute Kärntner im Interesse des friedlichen Zusammenlebens Kärntens mit seinen Menschen, aber auch mit seinen Nachbarn. Und so müssen sich die Kärntner Sozialisten bewähren als unerschütterliche und vertragstreue Demokraten.

Schlußwort.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte vor einer Formulierung warnen, die gelegentlich hier in der Diskussion aufgetaucht ist. Es ist sicher richtig, manche verbinden mit diesen Demonstrationen und Kundgebungen in Wirklichkeit den Kampf gegen die SPÖ-Mehrheit in Kärnten und gegen ihre führenden Genossen. Aber es wäre falsch, von vornherein zu erklären, daß die ÖVP *in ihrer Gesamtheit* in dieser Frage hinter den Demonstranten steht. Dafür haben wir bis jetzt keine schlüssigen Beweise. Ich weiß vielmehr, daß es in vielen Teilen Österreichs Männer und Frauen in der ÖVP gibt, denen diese ganze Geschichte ebenso unerfreulich zu sein scheint und ebenso unheimlich wie uns, weil hier gewisse Dinge wieder heraufkommen, von denen wir alle geglaubt haben, sie sind endgültig versunken. Man sollte also nicht generalisieren.

Ich möchte auch noch etwas sagen. Wer die Verhältnisse in Kärnten ein bißchen kennt — und das bilde ich mir ein, ich bin ja oft genug bei Ihnen gewesen und habe als Kind hier viele Jahre während des Sommers verbracht, grad die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg —, der weiß, daß die große Mehrheit der Kärntner Slowenen treue Kinder der römisch-katholischen Kirche sind und daß während vieler Jahre die Theologiestudenten, die Theologen, aus den Kreisen der Slowenen kamen, in größerer Zahl jedenfalls als aus den Kreisen anderer. Wenn man die schweigende Mehrheit langsam in Bewegung setzen will, dann kann man und soll man klugerweise nicht darauf verzichten, daß es hier, innerhalb der katholischen Kirche und auch innerhalb der ÖVP Menschen gibt, die aus der Vergangenheit gelernt haben und klüger geworden sind.

Ich leugne gar nicht, daß es Gewisse gibt, die glauben, jetzt ist die Gelegenheit da, dieser SPÖ-Mehrheit an den Kragen zu kommen, aber man soll hier nicht verallgemeinern. Wenn hier gesagt wird, daß die Vorbereitungen zu spät getroffen wurden, ja, liebe Freunde, immer wieder, wenn eine Sache schlecht geht, gibt es diese Kritik. Und sie ist immer berechtigt. Es muß auch bei uns etwas falsch gemacht worden sein. Ich glaube nur, daß es bei der Natur der Sache doch so war, daß ja die ÖVP längst Gelegenheit gehabt hätte, dieses heiße Eisen anzufassen und ganz genau gewußt hat, warum sie's nicht tat. Weil sie einfach diese Auseinandersetzung gescheut hat, zu der wir uns schließlich entschließen mußten.

Dem Genossen Alois Sima aus Keutschach möchte ich sagen, daß er besser aufpassen muß, er hat nicht gehört, daß ich immer wieder gesagt habe, jeder hat ein Recht auf seine Meinung. Auch dann, wenn sie mir in allem und jedem zuwider ist, werde ich mit ihm darüber reden. Aber mit Leuten, die statt zu argumentieren sich hinstellen und Pfeifkonzerte veranstalten, mit denen kann man ja nicht reden. Das ist nicht der politische Stil, der einer Demokratie angepaßt ist. Ich kann mich nur damit abfinden, daß — wie ich schon sagte — je älter man wird, einem das Pfeifen immer schwerer fällt. Mit jedem anderen aber, habe ich schon vom Anfang an gesagt, werde ich reden.

Wer spricht für die Minderheit?

Ich möchte zu einer anderen Sache noch kurz etwas sagen. „Die zwei Vereine wären nicht berechtigt, für die Minderheit zu sprechen.“ Das ist nicht richtig. Man kann nämlich bei einer Minderheit nicht ähnlich vorgehen wie bei der Bevölkerung im allgemeinen.

Wenn die beiden Vereine die zwei Richtungen bei den Slowenen vertreten, die eine die katholische Gruppe, die andere die der Sozialistischen Partei nahestehende Gruppe, und beide anerkennen einander als die Vertreter dieser beiden großen Richtungen, dann haben wir gar keinen Grund, das anders zu sehen. Wie sollten denn Wahlen der Minderheit vor sich gehen? Geheim, sagt man. Ja, da müßte doch einer hingehen und stimmen. Damit bekennen sie sich zu dieser Minderheit und damit ist das Geheimnis nicht mehr gewahrt. Das ist das Problem. Die Bürgermeister – auch bei den kroatischen Gemeinden war das so und in den gemischtsprachigen im Burgenland – sind wieder nicht Vertreter der Minderheit, sondern aller Bürger ihrer Gemeinden. Man kann sie nur als Orientierungshilfe verwenden, weil man davon ausgehen muß, daß sie jedenfalls wissen, was in ihren Gemeinden los ist und daß sie im Interesse ihrer eigenen Stellung als ausgleichender Faktor in der Lage sind, beide Standpunkte wiederzugeben. Vertreter der Minderheit sind sie nicht.

Und nun zur Frage, ob die Minderheit die Ortstafeln will. Ja, meine lieben Freunde, jetzt sage ich etwas, was viele nicht einsehen werden. Es kommt bei einem völkerrechtlich geschlossenen Vertrag nicht darauf an, ob der durch den Vertrag Begünstigte das auch haben will, denn der Vertrag wird zwischen Staaten geschlossen, und als solcher enthält er eine Verpflichtung zwischen Staaten.

Wer ist Windisch?

Ich habe da unlängst gelesen, daß ein Professor hier in Klagenfurt an Ihrer Hochschule gemeint hat, das Windische wäre ein slowenischer Dialekt. Ich weiß das nicht. Für mich als simplen Besucher Kärntens war das immer so, daß es Slowenen gibt und solche, die auf dem Weg vom Slowenentum zum Deutschtum sind und dazwischen liegen. Nun ist es eine alte Erkenntnis, daß diejenigen, die etwa zu einer anderen Religion übertreten, nicht mehr an ihre alte Religion erinnert werden wollen und nicht in sie zurückgezwungen werden wollen. Und ich verstehe sehr gut, daß sehr viele Windische sagen, ich will mich nicht in ein Ghetto einer Minderheit hineindrängen lassen. Das muß ihr unveräußerliches Recht sein in einem freien Staat. Wenn sie das ändern wollen, dann sollen sie dieses Recht haben und sollen nicht gezwungen werden.

Wir haben einen Zustand geschaffen, der es erlaubt, daß alle Kinder in unseren Schulen die deutsche Sprache fehlerfrei erlernen können. Nur muß ihnen meiner Meinung nach auch die Sicherheit geboten sein, daß sie auch Slowenisch fehlerfrei lernen. Aber die Leute zu einer ganz bestimmten Sprache, in eine ganz bestimmte

Schule hineinzuzwingen, ist jedenfalls auch nicht mit den Grundsätzen der Demokratie vereinbar.

Es leben in Österreich nahezu 150.000 jugoslawische Arbeiter. Die Zahl der ausländischen Arbeiter in Vorarlberg – wobei die Kärntner auch hie und da dort ein bißchen als Ausländer betrachtet werden –, die Zahl der ausländischen Arbeiter ist um die 40 Prozent der dort Beschäftigten. Die können ja gar nicht anders, als mit den Leuten zweisprachig verkehren. Und da wehr' ich mich jetzt dagegen, daß, wenn's ums Geld geht, ums Verdienen, daß man sich dann ja beider Sprachen bedient und daß in einem Ort, wo Leute wohnen, die beide Sprachen sprechen, die zweisprachigen Ortstafeln abmontiert werden. Das ist eine doppelte Moral. Nicht wahr, beim Verdienen ist alles erlaubt, da muß alles erlaubt sein, da wird alles motiviert, und dort, wo es irgendeiner juristischen Verpflichtung wegen sein soll, dort kocht auf einmal der Volkszorn. Dann muß man halt den Volkszorn beruhigen; jawohl, muß man ruhig mit den Leuten reden.

Mehrheit gegen Ortstafel-Demonstrierer

Ich habe eine Meinungsbefragung durchführen lassen, und da hat sich folgendes ergeben:

Es sind eine ziemlich große Zahl von Leuten in ganz Österreich gefragt worden:

„Haben Sie etwas von dem Streit um die zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten gehört?“ In ganz Österreich antworteten 93 Prozent mit ja, 7 Prozent mit nein. Die Kärntner haben 100 Prozent davon gewußt.

Frage: „Wie beurteilen Sie das eigenmächtige Abmontieren der Ortstafeln und die Demonstrationen in Südkärnten?“ In Kärnten haben 19 Prozent gesagt: Ich bin entschieden dagegen, und 31 Prozent: Ich bin dagegen. Dagegen sind also zusammen 50 Prozent. 14 Prozent haben gesagt, es ist ihnen egal, 27 Prozent: Ich bin dafür, und 9 Prozent haben gesagt: Ich bin sogar sehr dafür, 2 Prozent waren ohne Meinung.

Im übrigen Bundesgebiet war die Stimmung so: 31 Prozent entschieden dagegen, 29 Prozent dagegen, das sind 60 Prozent (während es in Kärnten 50 Prozent waren), egal ist es im übrigen Österreich 19 Prozent (in Kärnten waren es nur 14 Prozent), und dafür sind im übrigen Österreich 11 Prozent (27 Prozent in Kärnten). Sehr dafür waren in Kärnten 9 Prozent (im übrigen Bundesgebiet

2 Prozent). Nicht wissen, welchen Standpunkt sie haben: im übrigen Bundesgebiet 8 Prozent und in Kärnten 2 Prozent.

Was sagen die Leute, wie man's machen soll? Bei der Beurteilung, ob das schädlich ist, ja, im Ausland zum Beispiel, sind sogar 44 Prozent der Kärntner der Meinung, daß es schädlich ist, 40 Prozent glauben, es wird keine Auswirkungen haben. Im übrigen Bundesgebiet sind 50 Prozent der Meinung, daß es schädlich ist, und 30 Prozent glauben, es wird keine Auswirkungen haben.

Welchen Weg man gehen soll? In Kärnten meinen 8 Prozent, das Gescheiteste ist, man läßt die Sache einschlafen (im übrigen Bundesgebiet meinen 15 Prozent, man solle die Sache einschlafen lassen). Wieder anbringen soll man die Ortstafeln, das meinen 23 Prozent in Kärnten und 33 Prozent im übrigen Österreich.

Man sollte, und jetzt kommt das, was hier in der Diskussion gesagt wurde, man soll die Bevölkerung zuerst dafür gewinnen und dann die Ortstafeln wieder anbringen: 32 Prozent ja, das heißt, 55 Prozent der Bevölkerung in Kärnten sind der Meinung, man soll sie anbringen lassen, nur, die einen sagen: gleich und die anderen: man soll erst darüber reden und informieren. Im übrigen Bundesgebiet sind es merkwürdigerweise auch genau 55 Prozent, die dafür sind. Ich habe Ihnen das gesagt, weil das die echte Chance ist, die wir haben. Es hat einen Sinn, mit den Menschen zu reden, sie zu überzeugen von der Notwendigkeit dieser Dinge.

Noch einmal wiederhole ich: ich bin zu Gesprächen mit allen bereit, die reden wollen, die sich der Möglichkeiten, die die Sprache bietet, bedienen wollen. Ich bin bereit, vor allem mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden zu reden, und ich bin ebenso bereit, mit den Vereinen zu reden, mit allen Vereinen. Ich glaube, wenn wir uns an den Grundsatz halten, den es in Österreich gibt, daß durchs Reden die Leut' zusammenkommen, dann wird es vielleicht möglich sein, diese ganze Frage zu entschärfen, dann werden wir einen neuerlichen Beweis unserer demokratischen Reife ablegen. Ich bin froh darüber, daß es heute eine so gute Konferenz gegeben hat und daß vor allem die große Mehrheit, die überwältigende Mehrheit der hier anwesenden Sozialdemokraten dem Geist unserer Bewegung so ergeben ist.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung.

Für den Inhalt verantwortlich: Prof. Ernst K. Herlitzka, beide Wien 8, Albertgasse 23.

Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien 5, Rechte Wienzelle 97.